



EVP
Evangelische Volkspartei

grünliberale

Postulat der Fraktion der DYM (CVP, EVP, GLP, Parteilose), vom 23. Juni 2014 betreffend
Übernahme sozialer Verantwortung im Asylwesen und Anbietung von Asylunterkünften

Antrag:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Stadt Zofingen das vom Kanton Aargau vorgegebene Soll von Asylunterkünften innert nützlicher Frist erfüllen kann.

Begründung:

Das Vorhaben des DGS zur Platzierung von 90 Asylanten in einem Wohnblock in Aarburg hat die Thematik der Asylunterkünfte unweigerlich wieder ins öffentliche Gedächtnis gerufen. Es hat aufgezeigt, dass einige Gemeinde im Bezirk Zofingen und insbesondere die Stadt Zofingen nicht genügend Asylunterkünfte dem Kanton anbieten können oder wollen und stattdessen Ersatzzahlungen an den Kanton ausrichten.

Als wirtschaftlich stärkste Gemeinde im Bezirk sollte jedoch die Stadt Zofingen seine soziale Verantwortung gegenüber den anderen Gemeinden und gegenüber den Asylsuchenden wahrnehmen und sich aktiv um die Erfüllung der kantonalen Vorgaben kümmern.

Durch Agieren anstelle Blockieren kann die Unterbringung von Asylsuchenden gesteuert und für die Gemeinde und deren Bewohner erträglich gestaltet werden. Damit kann eine einvernehmliche Lösung gefunden und einem Diktat durch den Kanton vorgebeugt werden.

Im Grossen Rat ist zwar mit dem Geschäft GR.14.27 eine Revision in Bearbeitung betreffend „Massnahmen zur Sicherstellung genügender Asylunterkünfte“. Bis diese Revision jedoch abgesegnet und die ersten Massnahmen umgesetzt sind, wird es noch einige Jahre dauern. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt Zofingen nach jahrelangem Zuwarten endlich aktiv wird und ihre Verantwortung wahrnimmt.

Erstunterzeichner:

Urs Plüss (EVP)

Mitunterzeichner:

M. Ruf Eppeler

[Handwritten signatures of other council members]